

„Sozialverträglicher Sozialumbau“

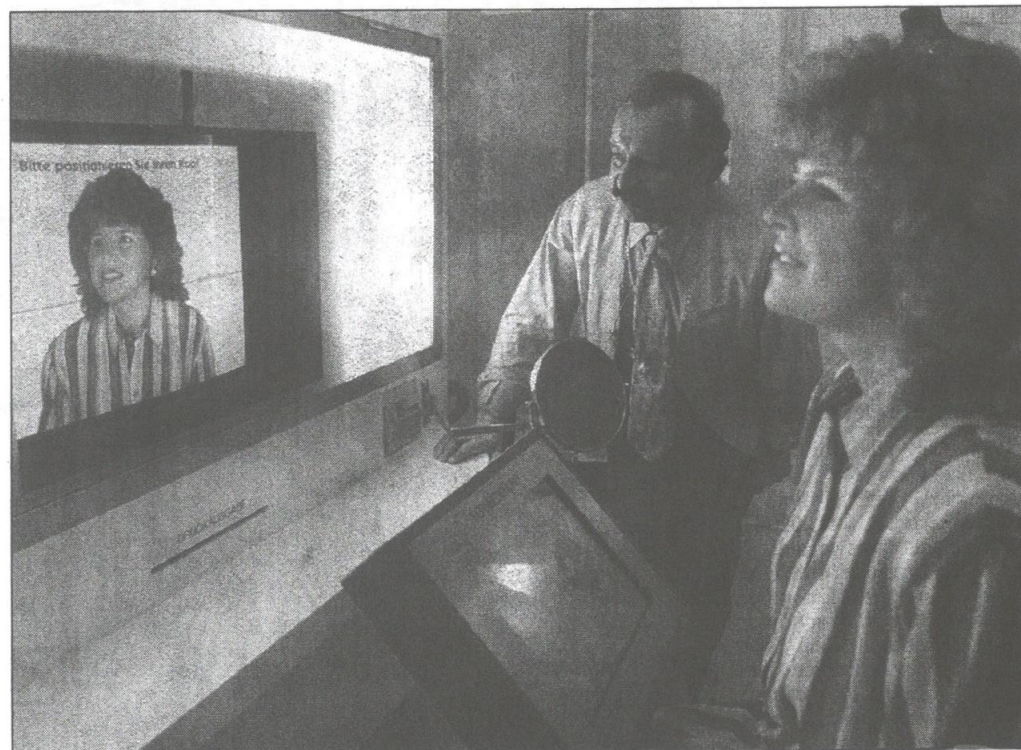
VON BERND MARIN

Dass diese Diagnose so schon 1995, vor der letzten Regierungsbildung möglich war, zeigt eine beängstigende gesellschaftliche Selbstblockierung. Spätestens jetzt ist eine Weiterentwicklung bewährter Institutionen nötig, die „Jahrhundertreformen“ gleichkäme: ohne sie keine Behauptung im wirtschaftlichen Standortwettbewerb bei sozialem Zusammenhalt und bürgerlichen Freiheiten.

Wer jemals das geltende Dienstrecht der Beamten gelesen hat, weiß, dass damit heute kein Staat – jedenfalls kein moderner, bürgernaher, effizienter Staat – mehr zu machen ist. Das Verwaltungsinnovationsmanagement VIP hat zuletzt an den Bundesimmobilien die horrenden Produktivitätsreserven im öffentlichen Dienst aufgezeigt: Wie anderswo könnten 100.000 Staatsdiener weniger bei wirtschaftlicher Führung mehr leisten.

Päpstlicher als der Papst

Die Gewerbeordnung schafft Konzessionsträger statt Unternehmer und Firmengründer. Beim Ladenschluss sind wir weiterhin Schlusslicht Europas, vorvorgestrig: Während das „sozialistische“ Schweden und das „katholische“ Polen die Öffnungszeiten völlig liberalisiert haben und Sonntagsarbeit zulassen, sind Krenn-Land und seine ÖGB- & KP- & Kammer-Ministranten päpstlicher als der Papst – jenseits von Devotionalienmarktstandln. Weil sich der Herr Bürgermeister von Wien vor „seiner“ Handelsangestelltengewerkschaft fürchtet, darf die Bundesstatistik in Wien



Arbeit der Zukunft: Spannungen zwischen Jobbesitzern und Arbeitslosen.

Foto: APA

lusten und später mit bitteren Konflikten bezahlen werden. Ein Ausbleiben zeitgemäßer – und rechtzeitiger! – Antworten auf die Fragen der Zeit, nicht Reformen gefährden den sozialen Frieden. Zu Zeitwenden gilt das Gegenteil erprobter Weisheit für Normalzeiten: Das Schlimmste passiert nur, wenn nichts passiert. Wenn nicht regiert und nicht reformiert wird.

Im „winner takes all“-Wettbewerb auf Weltmärkten kann bloßes „Mittun“ und „ehrenwertes Abschneiden“ kostspieliger sein als gar nicht antreten: Zeit, Selbstbehauptung zu suchen, ist dann verloren.

druck aus dem (Süd-)Osten, mit rascher gesellschaftlicher Alterung ab der Jahrtausendwende, mit Überbürokratisierung, expandierenden Sozial- und Medizinkosten sowie mit lähmender „innerer“ Interessenszersplitterung aller organisierten Großgruppen fertig werden.

Neue Konfliktlinien

All das wird ohne oder gar gegen die Sozialpartner nicht gehen, von ihnen allein jedoch auch nicht zu leisten sein. Denn neben den traditionellen Interessengegensätzen (Arbeitgeber – Arbeitnehmer) und Interessenkonflikten (z.B. zwischen Gewerkschaften und Unternehmen) werden neue Konfliktlinien entstehen, „schweigenden“ Interessen.

Regieren erfordert daher Einbindung der Sozialpartner ebenso wie ihr gelegentliches Übergehen dort, wo sie selbst Teil des Problems anstatt Lösungsinstanz sind; und die hohe Kunst „sozialverträglichen Sozialumbaus“, die weitgehend erst noch zu lernen ist – d. h., nötige einschneidende Änderungen nicht zu verabsäumen, ohne Zusagen, Vertrauen und legitime Erwartungen zu verletzen; kurzfristige gegen langfristige Interessen abzutauschen; lautstark-wehleidige Einzelinteressen gegen „schweigenden“ Interessen.

Tourismusregion des Landes keine „Fremdenverkehrsgemeinde“ mit freieren Geschäftszeiten, Milliarden Kaufkraftzufluss und mehr Jobs sein; und weil er sich vor dem längst zur Haiderei übergelaufenen Mob in den Gemeindebauten fürchtet, müssen ausländische Wohnbürger und Steuerzahler in Ghettos wohnen, weil die meisten ja im Betrieb auch nicht Betriebsräte werden dürfen.

Teuerstes System der Welt

Austriaca 1999: hunderttausende hochsubventionierter Hausfrauen ohne Kinderbetreuungspflichten und Frühpensionisten mit Vollpension aus Teil-„Invalidität“, aber unbeschränkter Zuverdienstmöglichkeit in anderen Berufen. Berufsständische Pensions-Extras aller Art. Das bereits vor dem großen Alterungsschub und trotz großer Versorgungslücken für Frauen teuerste Pensionssystem der Welt. Wachsende Armut und soziale Ausgrenzung bei Familienpolitik zur Selbstbedienung der Mittelschichten; und haltlose neue Wahlversprechen.

Dafür weitere Reformblockaden, die wir mit Wohlstandsver-

kaum noch die Stärksten leisten. Menschliches Zusammenleben gegen solchen Darwinismus abzuschirmen und ihn zugleich für die Wirtschaftsdynamik zu domestizieren, ist eine hohe Kunst, die nur wenigen Gesellschaften glückt.

An der Zeitenwende

Dass wir in einer Zeitenwende leben, ahnen fast alle; was sie bedeutet, ist noch kaum zu sagen. Denn die Aufgaben erschöpfen sich keineswegs in mittelfristiger Budgetkonsolidierung und nachhaltigem Sozialumbau, die Dilemmata und Alternativen nur zuspitzen: Wohin soll eine Erneuerung unserer Gesellschaftsverträge gehen? Denn ganz Europa muss mit technologischen Umwälzungen und aufstrebender Niedriglohnkonkurrenz auf globalen Märkten, dem Übergang von industrieller zur High-Tech-Info-Dienstleistungs- und Selbstbedienungswirtschaft, von der Arbeits- zur Freizeitgesellschaft, dem Paradoxon von Hochbeschäftigungsökonomien mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit, dem Standortwettbewerb und dem Wanderungs-

sumenten/Umwelt, Bedürftige – Begüterte) sind neue Konfliktlinien aufgekommen, die quer zum alten Gegensatz Arbeit – Kapital stehen und dennoch ausgeglichen werden müssen: das Verhältnis zwischen Männern und Frauen; der Generationenvertrag zwischen Jungen, Erwachsenen und Älteren; vorerst latente Verteilungskämpfe zwischen Erwerbstätigen und Inaktiven bzw. Beziehern „arbeitsfreier“ Zins- und Renteneinkommen; zwischen überstundenanhäufenden „Jobbesitzern“ und (Langzeit-)Arbeitslosen, „Stammbelegschaften“ und Außenseitern auf dem Arbeitsmarkt; und allem voran der wachsende Gegensatz zwischen Beschäftigten der geschützten und exponierten Sektoren, zwischen öffentlichen Bediensteten und ASVG-„Normalbürgern“ – erstere zu 100 Prozent, letztere nur noch zu 10 Prozent von Personalvertretern bzw. Betriebsräten vertreten. Dazu Spannungen in der Wohnbevölkerung zwischen Eingeborenen, Zugezogenen und Einzubürgernden sowie explosiv zurückgestaute Gegensätze zwischen wohlorganierten und kaum konfliktfähigen

terzuordnen; „große“ Reformpakete auf klare, allgemein verständliche und annehmbare, langfristige Ziele hin zu entwickeln, statt unmittelbar kas-senwirksamer, isolierter Notmaßnahmen sowie ernsthaften Umbau statt Abbau, d. h., unvermeidliche Einschränkungen zuverlässig auszugleichen, etwa durch kostenlose Vermehrung von Lebensqualität durch Wahlfreiheit – zwischen mehreren Angeboten, zwischen Sach- und Geldleistungen oder zwischen Geld- und Zeitoptionen.

Nachhaltiger Umbau

Eines ist sicher: Wir haben nur Zukunft und sozialen Frieden, wenn wir Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig umbauen und dabei die klassischen Versprechen – Arbeit, Einkommen und Alterssicherung für alle – halbwegs einlösen können; also mit höherer Beschäftigung und aufrechtem Generationenvertrag. Dagegen gefährden massive Frühverrentung, Arbeitslosigkeit und Einbußen an internationaler Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unseren Wohlstand und sozialen Zusammenhalt.

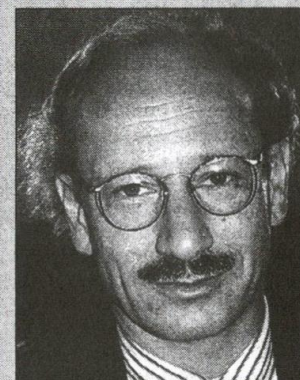
Öffentlichkeitswirksame Forschung im internationalen Stil

Bernd Marin (51), aus zahlreichen TV-Diskussionen auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, ist seit 1988 Executive Director des mit den Vereinten Nationen verbundenen Europäischen Zentrums für Soziale Wohlfahrts-politik und -forschung. In den achtziger Jahren war der gebürtige Wiener Professor für vergleichende Politik- und Sozialforschung am Europäischen Universitätsinstitut in Florenz. Daneben hielt Marin Gastvorlesungen an europäischen, amerikanischen und ja-

panischen Universitäten und Forschungszentren.

Als Berater ist er für nationale und internationale Organisationen und Unternehmen tätig. Marin war verantwortlich für den wissenschaftlichen Report an die gesamteuropäische Sozialministerkonferenz im Jahr 1993, und er war als Experte des Vorbereitungskomitees für den UN-Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995 tätig. Seit 20 Jahren gibt der Forscher das von ihm gegründete „Journal für Sozialforschung“ heraus. Seit die

Notwendigkeit des Umbaus des Sozialsystems und der öffentlichen Verwaltung ins öffentliche Bewusstsein gedrungen sind, steht Marin als Experte im Blickpunkt des Medieninteresses. Zuletzt präsentierte er mit seinem Institutskollegen Christopher Prinz das Buch „Pensionsreformen“, ein Plädoyer für den nachhaltigen Sozialumbau am Beispiel Österreichs. Marin zeigt darin Möglichkeiten, Finanzierbarkeit, Gerechtigkeit und soziale Rücksicht im Pensionssystem zu verbinden.



Bernd Marin

Foto: APA